

tragen wollte. Die Wiedererlangung der Mütze war daher eine durch die Eigenart des Betriebes gebotene Handlung und nicht lediglich eine eigene wirtschaftliche Angelegenheit des F.

Trotzdem mit Ausnahme von Halle die geschäftlichen Fälle für die Arbeiter einen günstigen Erfolg hatten, müssen wir unsere Mahnung aufrecht erhalten, bei der Arbeit, sowie in den Arbeitsräumen usw. jedwede Spielerei und Neckerei zu unterlassen, da vornehmlich die Geschäftsbürokraten, wie im Falle Halle a. S., auch leicht ungünstig ausfallen können.

Nationale Politik.

Der Verband der deutschen Tiefbauunternehmer hatte an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, daß auch den Tiefbauunternehmern keine Schwierigkeiten beim Import ausländischer Kulis gemacht werden; sie wollten dieselben Vergünstigungen haben als die Agrarier. Der Bescheid des Ministers ist nun vor einigen Tagen dem Verbandsorgan „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ — den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. Derselbe lautet:

„Dem Verbandsrat der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mit unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Rodungs- und Abführungsarbeiten, wonach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitskräfte vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheimgestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehnter Maße hier von Gebrauch gemacht worden ist, bemerkt die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Hoch- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18500 Arbeitern 1960, also 10 Prozent, Ausländer beschäftigt. Bei den nach dem Wasserbau-Gesetz vom 1. April 1906 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterfertigung der deutschen Feldarbeiter-Zentrale soll dabei auch den Tiefbauunternehmern zuteil werden. Die Baubehörden haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirk tätigen Unternehmer bekanntzugeben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeitsangebot wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunternehmern gestellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.“

Während die Arbeitslosigkeit sich immer noch verschärft — fast täglich muß über Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen berichtet werden —, wird nicht nur den Tiefbauunternehmern der Import von ausländischen Kulis gestattet; der Minister weist sogar die ihm unterstellten Baubehörden an, eine Arbeitervermittlungstätigkeit zu entfalten. Dabei ist auch im Tiefbaugewerbe die Arbeitslosigkeit eine sehr große; das Angebot von Arbeitskräften übersteigt bei weitem die Nachfrage. Wir haben jetzt die Hochzeiten im Tiefbau, dabei werden jetzt weniger Arbeiter beschäftigt als im Januar. Nach einer Veröffentlichung des Vorstands der Tiefbauberufsgenossenschaft waren gemeldet:

Am 1. Januar 1908	12 774 Betriebe	mit 267 554 Arbeitern
1. Juli 1908	12 527	256 043

Jetzt weniger 247 Betriebe und 11 511 Arbeiter.

Und angesichts dieser Tatsachen, deren Kenntnis man bei dem Arbeitsminister voraussetzen sollte, wird der Import von lohnbräuhenden Ausländern besonders gefördert und die Bevorzugung von ausländischen Arbeitskräften vor den einheimischen bei den Arbeiten, die aus Staatsmitteln geleistet werden, nachmals als Grundtat der preussischen Verwaltung betont.

Dieser „Patriotismus“ geht selbst der „Staatsbürgerzeitung“ über die Grenzen. Sie schreibt zu dem Erlaß des Ministers:

Wir halten es für geradezu unerhörte, wie hier ein preussisches Ministerium in einer Zeit immer ärgerer Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter die Ausländer begünstigt. Wir wünschen, daß ein nationaler Sturm sich erhebe, diesen antinational wirkenden Erlaß hinwegzufegen — und, so es nicht ist, den schuldigen Urheber dazu. Jeder nationale Politiker, mag er in der Zeitung oder im Parlamente wirken — begeht eine Pflichtverletzung, wenn er nicht schärfsten Protest erhebt.

Auch die „Kreuzzeitung“ findet es „unverständlich“, daß die Unternehmer jetzt nicht mehr die einheimischen Arbeiter berücksichtigen sollen und wünscht deshalb „Aufklärung“. Diese Aufklärung gibt die „Deutsche Tageszeitung“ mit folgenden Zeilen:

„Wie liegt in Wirklichkeit die Sache? Die frühere Bestimmung, wonach bei der Annahme von Tiefbauarbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitskräfte vorweg von dem Unternehmer berücksichtigt werden sollten, ist in den Zeiten der Hochkonjunktur, als nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in vielen Industriezweigen ein einheimischer Arbeiter herrschte, aus guten Gründen aufgehoben worden. Solange die Tiefbauunternehmer verpflichtet waren, in erster Linie solche Arbeiter zu beschäftigen, welche in der Gegend der Arbeitsstelle wohnen, war es ganz natürlich und selbstverständlich, daß sie in erster Linie versuchen mußten, unter den landwirtschaftlichen Arbeitern zu werben, da die industriellen und die im Handwerk beschäftigten Arbeiter kaum und nur in Ausnahmefällen zu Tiefbauarbeiten fähig und geeignet sein dürften.“

Also weil die Landarbeiter sich um die Arbeit bei den Tiefbauten, die doch weder gut bezahlt, noch leicht ist, beworben, mußte die Bestimmung aufgehoben werden. Wenn es sich um den „Erlaß der Landwirtschaft“ handelt, werden in Preußen-Deutschland alle guten Grund- und Vorzüge über den Haufen gerannt. Demerit soll werden, daß auch die „Frankfurter Zeitung“, die den jetzigen „linken Flügel“ des Freisinn vertritt, die Erregung über den Erlaß „nicht recht verständlich“ findet, weil — ja schon längere Zeit Ausländer bei Kanal- und Eisenbahnbauten beschäftigt würden um die über Arbeiternot klagende Landwirtschaft zu schützen. Das Blatt, das so oft Arbeiterfreundlichkeit vorkündigt und Hirsch-Dumderische Gewerkschaftsführer, wie Birkular-Eckstein, zu eifrigen Mitarbeitern zählt, sollte doch einsehen, daß gerade jetzt in der Krise, wo die Arbeitslosigkeit einen erschreckenden Umfang annimmt, die Verdrängung der einheimischen Arbeiter durch billige und rechtlose Ausländer ein zum Himmel schreiendes Unrecht ist. Ob den Arbeitern, die einem solchen „Liberalismus“ nachlaufen, nicht bange wird vor dieser „nationalen Politik“?

Hausagitation.

Den nachstehenden Bericht eines Kollegen aus einer größeren Zahlstelle über den Erfolg der Hausagitation empfehlen wir den Kollegen allerorts zum anmerksamen Studium und zur Nachahmung. Er enthält eine Reihe sehr wertvoller Fingerzeige, die bei einer etwaigen Wiederholung der Agitation sehr gut zu verwenden sind.

Werter Kollege!

Der Vorstand wünscht bis 15. Juli einen Bericht über die Hausagitation und deren Ergebnisse. Ich kann nur einen Teilbericht geben, da wir noch nicht zu Ende, sondern erst mitten in der Hausagitation sind. Wir haben nach folgendem Plane gearbeitet: An der Feststellung der Adressen haben hauptsächlich die Vertrauensmänner und Hilfskassierer, aber auch ein Teil der Mitglieder sich beteiligt. Unsere Zahlstelle hat neben der Stadt noch 88 Landorte zu bearbeiten, wo bereits Mitglieder der Zahlstelle wohnen, deshalb gestaltet sich eine Hausagitation für uns äußerst schwierig und vor allem auch kostspielig. Da es für den mit den örtlichen Verhältnissen nicht Vertrauten kaum glaubhaft erscheinen mag, daß diese Angabe zutrifft, so sei nur mitgeteilt, daß wir festgestellt haben, daß Arbeiter der Kettiger Feder-Kassiererei in 36 Orten wohnen. Die Arbeiterkraft der Fodendorfer Papierfabrik wohnt auf entgegengesetztem Rayon in 16 Orten. Die übrigen Orte bilden die nähere Umgebung Altenburgs, wo ein großer Teil der in der Stadt Arbeitenden wohnt. Dadurch ist es ganz ausgeschlossen, das Gebiet der Zahlstelle an einigen Sonntagen zu bearbeiten. Wir haben zehn Sonntage als das Mindeste angenommen, die wir gebrauchen, um durchzulernen. Bis jetzt haben wir Hausagitation an drei Sonntagen betrieben. Bearbeitet wurden 166 Adressen in der Stadt und 18 Landorten. Dabei wurden 34 Aufnahmen erzielt. Die Adressen habe ich auf ausrangierte Hilfskassiererlisten geschrieben, dadurch ermöglicht sich eine schnelle und praktische Verteilung unter die Mitwirkenden. Unter „Bemerkungen“ werden die Gründe notiert, welche maßgebend waren, daß der Eintritt nicht erreicht werden konnte. Da habe ich Bemerkungen vor mir liegen: Will später beitreten; Frau sehr dagegen; Angst vor dem Militärdienst; Zu alt; über 60 Jahre; Die Eltern leiden es nicht; Will erst warten, bis die andern beitreten; usw. usw.

Alle können wiederholt besucht werden, mit Ausnahme der Angabe „zu alt“. Leute über 60 Jahre soll man meiner Auffassung nach nicht mehr zur Organisation drängen, diese haben den Anblick verpaßt. Sobald wir mit allen Adressen das erste Mal durch sind, geht die Agitation bei den nicht eingetretenen von neuem los. Natürlich wechseln wir bei dem zweiten Besuch, so daß andre Kollegen hinkommen. Diese kennen aber den Haupteinwand, sind also darauf vorbereitet. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es besser ist, wenn immer zwei und zwei Kollegen zusammen gehen; bei uns wenigstens sprechen die erzielten Resultate dafür. Wir haben eine sehr kleine Anzahl von Kollegen, welche sich zu dieser Arbeit eignen. Wir geben immer einem erfahrenen Kollegen einen jüngeren bei, damit sich junge Leute einarbeiten können. Nach Schluß einer jeden Tagestour treffen wir uns an einem bestimmten Punkt und tauschen die gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen aus. Das Urteil aller Mitwirkenden über den Wert der Agitationsnummer ist sehr günstig. Das erste Mal hatten wir die Agitationsnummer acht Tage vor dem Besuch zugestellt, da bemerkten wir, daß dies zu zeitig ist, denn die Wirkung war bereits sehr abgeschwächt. Jetzt stellen wir dieselbe drei Tage vor dem Besuch durch die Post zu, da haben wir bemerkt, daß da der Erfolg besser ist. Höchstens 10 bis 12 Adressen können von einzelnen an einem Tage bearbeitet werden. Sowohl die Zeit, vor allem aber die Spannkraft und Frische ist damit erschöpft. Alle Kollegen sind der Ansicht, daß 10 bis 12 Adressen zu bearbeiten eine ziemlich anstrengende Arbeit ist. Die Unterhaltungen mit den zu Gewinnenden beanspruchen sehr selten weniger als eine Viertelstunde, meist bis zu einer halben Stunde. Dies ist wesentlichsten Erfahrungen und Eindrücke von der Hausagitation in unserer Zahlstelle. Es ist, wie schon gesagt, nur ein Teilbericht. Wir haben noch nicht die Hälfte der zur Verfügung stehenden Adressen bearbeitet können. Wir haben uns mit Fleiß an die vom Vorstande gestellte Aufgabe herangemacht. Wir erwarten, daß wir insgesamt 100 Aufnahmen als Resultat, den bisherigen Prozentfuß gerechnet, erzielen werden.

Mit Gruß

G. R.

Gau 7. — Erstes Halbjahr 1908.

Trotz der niedergehenden Konjunktur ist ein Rückgang der Mitgliederzahl nicht zu verzeichnen, vielmehr ist teilweise noch ein Anwachsen zu konstatieren. Wo Mitgliederverluste zu verzeichnen waren, sind es in fast allen Fällen solche Zahlstellen, in denen eine geeignete Zeitung fehlt, wo für eine Ausbildung der Mitglieder wenig oder nichts getan wurde, die sich aber auch entschließen weigern, sich einer größeren Zahlstelle anzuschließen. Wo solche Kurzfristigkeit seitens der leitenden Personen vorhanden ist, kann man es natürlich auch nicht verwundern, wenn die lächerlichsten Argumente gegen eine Verschmelzung vorgebracht werden.

Begünstigt der vereinigten lokalistischen Gründungen kann konstatiert werden, daß diese an ihrer Geburtskrankheit, Zersplitterungsgefahr und immer Zwist, wieder zugrunde gegangen oder zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, im Interesse der Gesamtarbeiterkraft und zum Leidwesen der Unternehmer, die sehr wohl begreifen, daß durch das Treiben der anarchisierenden Prajoure die Unzufriedenheit der Arbeiterchaft hätte geschwächt werden können. Auch „Gelbe“ tauchen vereinzelt auf, mit Vorliebe dort, wo junge Organisationen vorhanden waren. In Ludwigshafen haben sie sich auch selbständig an den Gewerkegerichtswahlen unter dem Namen „Unabhängige“ beteiligt, wobei sie aufs glänzendste den Beweis liefern für ihre Bedeutungslosigkeit, als auch Unfähigkeit erbrachten. Ein ganzer Beißer von 20 Mann ist ihnen zugefallen, zu einem weiteren reichte der Bruch nicht mehr aus, trotz der dahinterstehenden Kapitalmacht der interessierten Drahtzieher. Auch diese Arbeiter werden einmal zur Verurteilung kommen, dann aber dürfte die Frage der Entschädigung manchem Unternehmer übel missfallen. Von großem Vorteil für die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung dürfte auch der Geheuerlaß der bayerischen Metallindustriellen gegen die technischen Beamteten sein, insofern diese hoffentlich nicht mehr in dem Maße wie früher der Arbeiterorganisation hindernd in den Weg treten, oder trotz der Bestimmung in ihren Statuten „Hebung des Standesbewußtseins“ und trotz der „Reinerwerbssicherung“ Streikarbeit verrichten. Haben auch die Metallindustriellen ihren dummen Streich eingesehen und ihren Maßregelungsberlaß, der vom jungliberalen Führer Dr. König aus der Patsch unterzeichnet war, zurückgezogen (Stimmt nicht! D. R.), gemäßregelt wird doch, wenn auch ohne Erlaß. Nicht gegen, sondern mit der Arbeiterchaft werden die technischen Beamteten sich ihren Anteil an den Kultur-erwerbungsarbeiten sichern.

Seitens der Gauleitung wurden im verfloffenen Halbjahr 54 öffentliche Versammlungen abgehalten, 19 Mitgliederzusammunfungen, 39 Sitzungen und 2 Revisionen vorgenommen. Erfolgreichere gewöhnlich die Zahlstellenleitungen allmählich daran, pünktlicher mit Quartalsabschlüssen abzurechnen. Von Zahlstellengründungen ist heute fast nicht mehr die Rede, da in den bedeutendsten Industriezentren überall führende Zahlstellen vorhanden sind, denen eventuell Neubildungen an neueren Orten angegliedert werden können.

Das Hauptagitationsgebiet für Gau 7 ist die Rheinpfalz mit seinem ehemals führenden Liberalismus. Besonnengeachtet hatten wir überall bei unserer Agitation mit Maßregelungen zu rechnen, trotz Hochprogramms. Besonders im Eisial war es die Firma Hagendörfer, Schwalb und Co., die „ihren Leuten“ einen Witz vorlegte, sich die Unterschrift mit der Drohung der Entlassung erzwingen, dessen Inhalt in täppischer Weise gegen die Organisationsstellung nimmt.

Herr Schwalb, der Firmeneinhaber, ist zugleich der von der Gettenriedelheimer Arbeiterchaft gewählte Bürgermeister dieses Ortes, der als Ortsvorsteher in seinem eigenen Betriebe nicht laß, daß entgegen der Gewerbeordnung, Sonntagsschulden als Handwerker Verwendung fanden, daß Jugendliche Ueberstunden machen müssen usw. In Erscheinung trat der liberale Papierfabrikant Edward Mann der Firma Bielefeld als Agitationsgegner, der zwar die Agitation der Konjunktur kaum Zureds weniger zu verzeichnen, als im 1. Halbjahr

jahr 1907. Dagegen versuchen einzelne Unternehmer, Rache zu üben an den Arbeitern, die sich erkühnen, an der Produktion und dem Fortschritt der Gesamtgesellschaft ihr Teil zu beanspruchen. Selbst die stolze Ar. in sucht die Löhne ihrer Arbeiter auf die Höhe vom Jahre 1906 herunterzubringen, indem sie die Arbeiter durch Uebertrittskasse in eine niedrigere Lohnklasse bringt. Natürlich steht es den Leuten frei, dafür zu arbeiten oder zu gehen. Ob auf diese Weise die Kosten für den gewählten Urlaub eingedragt werden sollen?

Man muß bei alledem den Mut liberaler Redner bei Wahlen bewundern, die den Arbeitern etwas vom Koalitionsrecht vorlügen. Beachtenswert ist auch ein Erlaß des Arbeitgeberverbandes Mannheim-Ludwigshafen, der durch seinen rechtskundigen Sekretär Dr. Reiner seine Mitglieder des Parteigebiets auffordert, mindestens 10 Prozent des Arbeitspersonals zu entlassen. Man darf hierbei nicht vergessen, daß diese Gemeinwohligen den Arbeitsnachweis in Händen haben. Diese Leute entrichten sich aber über den Standpunkt des Gewerkschaftskongresses zur Frage der Stellenvermittlung. Wenn man nicht längt wüßte, daß es nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun, so möchte man fast behaupten, daß die selbige Buchhausbilange nicht Geleg geworden ist. Es dürften für unsere heutigen Schatzmacher die Buchhändler längst nicht mehr ausreichen.

Im Lohnbewegungen und Differenzen waren im Gau 21 zu verzeichnen, darunter 3 Arbeitseinstellungen. In 11 Fällen waren Forderungen gestellt. 7 mal wurden geplante Verschlechterungen abgelehnt. In drei Fällen lagen Maßregelungen vor. In nur drei Fällen verlief die Bewegung erfolglos, das ist 14,3%, während in 17 Fällen voller oder teilweiser Erfolg zu verzeichnen war, gleich 80,9%. Der eine Fall ist noch nicht erledigt. Einnahme und Ausgabe für das Halbjahr bilanzieren in einer Höhe von 1665,18 Mark. Unter den Einnahmen sind 328,85 Mark aus den Zahlstellen. Der Kassenbestand war für 1. Juli 229,93 Mark. Erwähnt sei noch, daß gegenwärtig im Gau sechs Geschäftsführer tätig sind. Den einzelnen Zahlstellen sei hier nochmals dringend die künftige Beibehaltung einer Agitationskommission empfohlen, die speziell zur Zeit der Krise von großer Bedeutung ist. Die nötige Instruktion soll von Kommissionsmitgliedern immer vor Aufnahme ihrer Tätigkeit zuteil werden. Die Zahlstellenleitungen werden von Zeit zu Zeit zur Berichterstattung hierüber aufgefordert werden. Prüll.

Konferenz der fränkischen Zahlstellen.

Obwohl an einen Bericht über eine Konferenz der fränkischen Zahlstellen der Redakteur die Bemerkung knüpfte, daß solche Konferenzen nicht vor dem Verbandsrat stattfinden dürfen, begingen die fränkischen Zahlstellen am Sonntag, dem 12. Juli 1908, abermals das Verbrechen, eine solche Konferenz in Schwabach abzuhalten. Vertreten waren die Zahlstellen Nürnberg, Fürth, Lauf, Schwabach, Erlangen und Rothenburg.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde eine reichliche Aussprache über Auszahlung der Unterfertigungen gepflogen. Aus den Ausführungen sämtlicher Kassierer konnte man ersehen, daß betreffs der Karenzzeit eine Unklarheit vorhanden ist.

Es darf wohl erwartet werden, daß auf dem Verbandstag die Absätze 10 und 11 im § 9 eine klarere Fassung erhalten. Anträge zu diesen Absätzen sind ja gestellt und soll schon an dieser Stelle die Kommission, welche die Anträge zum Statut zu beraten hat, auf die beiden Absätze hingewiesen werden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt R. Koch-Fürth einen sehr lehrreichen Vortrag über unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen, sowie die gegenwärtige Organisationsform.

An der Hand von Beispielen wies Redner nach, daß bei allen Lohnbewegungen, die wir in der Metall- und Holzindustrie zu führen haben, da unter unsern Kollegen ein steter Berufswechsel stattfindet und die Kollegen bei uns organisiert sind, unsere Zentralleitung immer den Standpunkt einnimmt, daß, bevor wir eine Lohnforderung einreichen, wir uns die Solidarität der andern Organisationen zu sichern haben. Obwohl nun in den meisten Fällen die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen die denkbar schlechtesten sind, so erklärten sich bisher in den meisten Fällen die geleerten Arbeiter doch nicht solidarisch mit unsern Kollegen. Redner ist daher der Ansicht, daß eine andre Organisationsform geschaffen werden muß.

Wie der Redner, so vertraten auch alle Diskussionsredner den Standpunkt, daß durch einen Zusammenfluß aller Hilfsarbeiterverbände in einer Organisation ein guter Schritt vorwärts zu einer andern Organisationsform getan wäre, wodurch auch ein gutes Teil der Grenzstreitigkeiten beseitigt würde.

Einer scharfen Kritik wurde noch das Verhalten des Redakteurs unseres Verbandsorgans unterzogen, welcher glaubte, durch eine Briefkastennetz den Kollegen, der den Bericht über die letzte Konferenz geschrieben hat, abfertigen zu können und die Aufnahme des Berichts verweigerte. Durch eine Beschwade an die Pressekommision erzielten wir zwar die Aufnahme des Berichts, aber wiederum hatte die Redaktion Bedürfnis, eine spöttische Bemerkung daran zu knüpfen.

Wer nun ein eifriger Leser des „Proletariats“ ist, dem sind auch die spöttischen Bemerkungen im Briefkasten nicht entgangen, mit denen die Kollegen in den letzten 2 Jahren abgefertigt wurden, wenn sie Artikel schrieben, die, wie es scheint, der Redaktion nicht angenehm waren. Während man durch belehrende Bemerkungen ansetzen könnte, sich zu bessern, müssen derartige spöttische Bemerkungen nur abstoßend auf die Kollegen wirken, und letzteres liegt gewiß nicht im Interesse unseres Verbandes. Wir gestatten uns, zu vorstehendem Bericht die — nicht spöttische — Bemerkung, daß wir das Ergebnis auch dieser Konferenz recht sehr dürftig finden. D. R.)

Georg Schrenker.

Streiks und Lohnbewegungen.

— München. Mit der Lederfabrik Viedenstein wurde für die Hilfsarbeiter ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen. Außer der Erhöhung für Anfangslöhne wurde auf sämtliche bestehenden Lohnsätze ein Zuschlag von 2 Pf. und für das nächste Jahr ebenfalls 2 Pf. pro Stunde gewährt. Für Ueberstunden 25 Prozent, für Sonntagarbeit 40 Prozent. Der 1. Mai wird auf Verlangen freigegeben.

Bei der Firma Kold u. Co., Chemische Metallgräbner, wurden die Anfangslöhne der Arbeiterinnen um 4 Pf. erhöht und ließen bis 28 Pf. pro Stunde. Bei Inkrafttreten des Tarifs bekommen Arbeiterinnen, welche 1 Jahr im Betriebe sind, 3 Pf., nächstes Jahr 2 Pf. pro Stunde Zulage. Schleiferinnen erhalten 3 Pf. mehr pro Stunde, wie die vorstehenden Satz. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Tarif dauert bis Otober 1910.

Bei der Firma Wajenbach wurden die Wochenlöhne von 24.50 auf 25.50 Mark erhöht, die Organisation sowie der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anerkannt. Tarifdauer 2 Jahre.

Korrespondenzen.

* Kiel. Anfang Juli d. J. wurde den in der Fischräuchererei von Herrn Jrens, Kiel, beschäftigten Frauen und Mädchen angekündigt, daß die Bezahlung der Frühstücks- und Vesperpauze in Zukunft fortfallen soll. Bisher hatte die Bezahlung stets stattgefunden, weil es auch des Öftern vorgekommen ist, daß die Arbeiterinnen die Pausen durchgearbeitet haben. Dieser Abzug bedeutet für die Arbeiterinnen einen Lohnausfall von 1,50 Mark pro Woche, und wenn man bedenkt, daß so wie so schon der hier in Kiel gezahlte Stundenlohn für diese Arbeiterinnen höchstens 25 Pf. pro Stunde beträgt, so kann man ermessen, wie schwer die Arbeiterinnen diesen Lohnabzug empfinden werden. Hinzu kommt noch, daß eine Anzahl von Frauen ihres Hausgeld allein aufrecht erhalten müssen, die für Miete, Lebensunterhalt, Kleidung und Ernährung der Kinder allem auf sich angewiesen sind. Was kommt jetzt noch in Betracht, daß die Frauen wegen Mangel an Arbeit nicht von der Bezahlung des Lohnes von 7—10 Mark die Woche sind keine Einkünfte, und wie da eine Arbeiterin durch

ihren Haushalt aufrecht erhalten soll, das wird wohl für immer ein Rästel bleiben. Trotz alledem sollen den Arbeiterinnen noch 1,50 Mk. pro Woche abgezogen werden. Leider war es auch nicht möglich, die Maßnahmen von Herrn Jvens ganz abzuwehren, weil augenblicklich in diesem Industriezweig sehr wenig zu tun ist, und zweitens sind die Arbeiterinnen so schlecht organisiert, daß sie auf Unterstützung aus Verbandsmitteln keinen Anspruch haben. Waren die Frauen samt und sonders organisiert gewesen, so sind wir der Meinung, daß Herr Jvens erst gar nicht den Abzug verurteilt hätte. Wie oft ist den in der Fischräuchererei beschäftigten Frauen gesagt worden: Wollt ihr eure Lohn- und Arbeitsbedingungen, die ihr jetzt habt, die unbedingt verbesserungsbedürftig sind, verbessern, so müßt ihr euch organisieren! Die meisten der Arbeiterinnen haben aber geglaubt, daß für sie die Organisation keinen Zweck habe. Aus dem angeführten Vorwurfsmoment mögen die Arbeiterinnen, die in der Zigarettenindustrie beschäftigt sind, ersehen, daß gerade sie es sind, die den Schutz der Organisation am allerunverzichtbarsten brauchen. Die Verhandlungen, die mit Herrn Jvens geführt wurden, brachten nur das Ergebnis, daß der Abzug von 1,50 Mk. pro Woche auf 1 Mk. heruntersetzt wurde. Die Frauen werden also in Zukunft 1 Mk. pro Woche weniger verdienen wie bisher. Außerdem wurde von Herrn Jvens zugelangt, daß die Ueberstunden von morgens vor 7 Uhr und abends nach 8 Uhr mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt werden sollten, ebenso soll die Sonntagsarbeit mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Die Ehepaare abends sowie Sonntags sollen mit als Arbeitszeit berechnet werden. Praktischen Wert werden letztere Bewilligungen für die Arbeiterinnen nicht haben. Herr Jvens wird es immer so einrichten, daß nicht länger als bis 8 Uhr abends gearbeitet wird. Und die Stunde von 7 bis 8 Uhr abends braucht er ja nicht als Ueberstunde zu bezahlen. Es ist ja mit Freunden zu begründen, daß von Seiten der Zuhaber der Betriebe Wert darauf gelegt wird, daß die Ueberstunden befreit werden, daß die gesetzlichen Vorschriften nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern auch innegehalten werden. Das darf aber nicht in dem Sinne ausgelegt werden, daß man verurteilt, einzelne Ueberstunden gelten zu lassen, die man mit einem Aufschlag nicht bezahlen will. Deshalb, Frauen und Mädchen, die ihr in der Fischindustrie beschäftigt seid, tretet ein in die Organisation, dann seid ihr imstande, dafür zu sorgen, daß ihr auch bei 9stündiger Arbeitszeit soviel verdient wie man zum Lebensunterhalt notwendig hat.

Landesberg a. S. Im nahen Weipitz befindet sich die Zementwarenfabrik von Wille. Die Arbeiter dieses Betriebes leben zum größten Teil recht interesselos dahin, nur einige sind darunter, welche den Wert der Organisation zu schätzen wissen. Vor zwei Jahren hatte die Organisation in diesem Betriebe schon guten Eingang gefunden. Der fiele Wechsel der Arbeiter, welcher dort gang und gäbe ist, trägt leider viel dazu bei, die Organisation zu hemmen, und vor allem hindert es einige Schlämmer, die sich klüger dünken, wenn sie den Verbandsbeitrag sparen. Der Unternehmer versucht es außerdem vortrefflich, die Arbeiter durch Abhalten von Erntefestungen, wobei er dann großmütig 1/2 Tonne Bier zum besten gibt, zu entziehen. Bei der geringsten Forderung aber, welche die Arbeiter an ihn richten, erklärt er, nichts geben zu können. Der gute Mann spricht sogar vor ungesetzlichen Maßnahmen nicht zurück. So wurde vor kurzem ein Kollege von uns entlassen, dem er einfach 18,30 Mk. vom Lohn abzog mit der Begründung, daß die Steine, welche der Kollege in den letzten Monaten angefertigt hatte, mangelhaft gewesen seien. Hier hatte der Herr aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Kollege war organisiert, und wir haben uns genötigt, den Beschluß des Verbandes zu Hilfe zu nehmen und klagten den Unternehmer an. Da das Gewerbegericht nicht zuständig war, ging's zum Amtsgericht. Bei den untern Instanzen gibt es aber gewöhnlich für die Arbeiter kein Recht und mußten wir daher weiter gehen zum Landgericht. Hier wurde dann der nach Geld dürstende Unternehmer dazu verurteilt, unsern Kollegen die 18 Mk. 30 Pf. nebst Zinsen auszus zahlen. Außerdem muß er auch noch die Kosten, die ungefähr 50 bis 60 Mk. betragen, zahlen. Wäre nun der Kollege nicht organisiert gewesen, er hätte es bleiben lassen müssen, eine derartige Klage durchzuführen. Aber auch ein anderer Fall zeigt so recht die Notwendigkeit der Organisation. Derselbe Unternehmer, welcher hier einem Arbeiter nach verrichteter Arbeit keinen Lohn zahlen wollte, brachte es vor einiger Zeit fertig, einen Arbeiter, welchem beim Aufsteigen der Steine 2000 in Folge Behinderungsbedingung umgefallen waren, wegen Schadenersatz anzuklagen. Leider war der Kollege nicht organisiert, und aus Furcht, sein bisheriges Bestium zu verlieren (der Unternehmer besaß hier die Schneiderei, dem Arbeiter durch den Gerichtsbescheid eine Kuh und ein Schwein zu pfänden) bezahlte er dem fürzorglichen Arbeitsherrn die über hundert Mark belausende Summe. Es ist bei dieser Gelegenheit wieder so recht der Beweis erbracht, wie zweckmäßig und notwendig die Organisation ist; sind wir Arbeiter doch alle einem Unternehmern preisgegeben, welches vor keinen Bräutlichkeiten und Schikanen zurückerschrickt, wenn es gilt, den Profit zu machen.

Magdeburg. Die Firma Joh. Gottlieb Hauswaldt, Zigarettens- und Schokoladenfabrik in Magdeburg-Neustadt, hat sich nach langem Gegeren endlich bereit erklärt, den Arbeitern eine Lohnzulage von 1 Mark pro Woche zu gewähren. Während die Firma unangenehm bekannt ist, ihre Produkte in Massen an alle Konsumbrennen abzugeben, versucht sie jede gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter mit allen Mitteln zu unterdrücken. Daß dem so ist, dafür hat sie wiederholt den Beweis erbracht. In alle, von der Organisationsleitung anbestimmten Betriebsversammlungen entsendet sie ihre Spitzel, um die geschehenen Verhandlungen zu lauschen, wer von der Arbeiterseite die Versammlung besucht und wer es unterläßt, sich über die letzten Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser werkschaftlichen Firma zu äußern. Wege dem Arbeiter oder der Arbeiterin, die sich dieses Verhaltens schuldig machen, ob sie 5, 10 oder 15 Jahre im Betriebe tätig waren, richtungslos werden sie auf das Straßensicherer geworfen. Fast nach jeder festgefundenen Betriebsversammlung kamen wir Nachregelungen aus diesen Umständen zu verzeichnen. Vor Jahren gelang es der Organisation, für die bei der Firma Beschäftigten den Gehirntodentag und eine Lohnzulage zu erwirken. Solcher Eingaben und Forderungen wurden einfach ignoriert und der Arbeiterseite der „wohltuende Rat“ gegeben, ihre Wünsche der Betriebsleitung selbst zu unterbreiten, nur dann kann man eine Berücksichtigung erwarten werden. Auch dieser von den Arbeitern eingeschickte Weg führte nicht zu dem gewünschten Ziele, denn unter allerlei nichtstehenden Vorwänden wurden sie verworfen. Daraufhin ließ man spionieren, welches die Schürer der Unzufriedenheit waren, um sie gelegentlich hinauszuwerfen zu können. Wer dies nicht wollte, und so die Firma durch die Firma schmerzlichen Gesandten der Betriebsleitung eine „freiwillige Lohnzulage“ zu gewähren. Die Arbeiter-Schokoladenfabrik mußten sich auf Befehl in der Betriebsleitung verweigern und nun erschien der Herr Direktor Weg, um den Beschluß der Firma in folgenden Worte zu verhandeln: „In Anbetracht der steigenden Lebensverhältnisse und der ungünstigen Beschäftigungslage ist die Firma veranlaßt, künftigen Arbeitern aus freien Stücken 1 Mark pro Woche zu gewähren. Ich ermahne, daß sich die Arbeiter vertrauensvoll an die Firma wenden, denn die Firma weiß am besten, welchen Arbeitern der Schutz gebührt. Kein, das müssen die Arbeiter annehmen. Sonst wird die Firma durch fremde Agenten in Bezug auf diese Angelegenheit erfahren. Da werden wir die besten Anzeichen dafür zu sehen, werden die sich vertrauensvoll an die Firma wenden, und es wird nach meinem Gewissen geschehen. Ich kann aber nicht sagen, wann es geschehen wird, sondern es wird nach dem Willen der Betriebsleitung sein.“ Die Arbeiter haben sich dem Willen der Betriebsleitung nicht ergeben, und die Organisation hat sich so notwendig als nie zuvor. Deshalb ist dieser Brief für die Firma geschrieben, den Arbeiter gegenüber selbst gestellt. Denn der Arbeiter hat es nicht annehmen, daß die Firma durch fremde Agenten in Bezug auf diese Angelegenheit erfahren hat, das ist der Arbeiter nicht annehmbar, und es wird nach meinem Gewissen geschehen. Im Arbeitsvertragsverhältnis der Magdeburger und Magdeburger die Firma Hauswaldt, die den Beschäftigten

Forderungen der Arbeiterseite entgegentritt, die eifrigst für die Organisation der Arbeitgeber Propaganda macht. Deshalb Kollegen und Kolleginnen, rufen wir euch zu: Agitiert unermüdet für den Verband! Ruhet und rastet nicht, bevor nicht der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt ist. Die Folge dieser für euch so notwendigen Arbeit, werden „neue freiwillige Lohnzulagen“ sein.

Mannheim. An Vergiftung gestorben. Der 40 Jahre alte ledige Fabrikarbeiter Valentin Riegel von Einbecker, Oberamt Künzelsau i. M., stürzte sich am 15. Juli beim Arbeiten an einem Säurebottich in der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik durch das Einatmen der Säure unwohl und mußte nach Hause gebracht werden. Sein Zustand verschlimmerte sich derart, daß er nachmittags in das Allgemeine Krankenhaus Mannheim gebracht werden mußte, wo er am nächsten Tage verstarb. Riegel hatte die Arbeit in der Fabrik erst men angetreten.

Meißen. Der Geschäftsbericht unserer Zählstelle vom zweiten Quartal ist wiederum ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptklasse bilanzieren mit 11 194 Mark, gegen 10 053,25 Mk. im vorigen Quartal. Der Hauptfasse in Hannover wurden 4748,47 Mk. überwiesen. Die Schlagkraft des Verbandes bei Lohnbewegungen zeigt sich bei den Differenzen in der Sörnewiger Steingutfabrik. Dort wollte man Auslese unter der Arbeiterseite halten und entließ, angeblich wegen Arbeitsmangel, am 6. Mai 26 organisierte Kollegen. Doch die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und so konnten wir nach 48tägigem Streik erreichen, daß die Entlassungen wieder rückgängig gemacht wurden und der Frieden auf diese Weise wieder hergestellt werden konnte. Unlänglich der Meister hatten die hiesigen Industriellen den Beschluß gefaßt, alle Mitarbeiter 3 Tage auszusperren. Wir mußten daher unsere Taktik auch etwas anders einrichten und so kam es, daß am Weltfeiertag die „Maitäfer“ zu vertriebenen Zeiten aus den Betrieben ausgesperrt kamen. Die Betriebe wurden nicht vollständig lahmgelegt. Während in diesem Betriebe nur einzelne Abteilungen feierten, wurde in jenen Betrieben die Parole ausgegeben: Kein Mann feiert den 1. Mai. In einem Betriebe wurde die Arbeit einmütig eingestellt und hier zeigte sich der Unternehmer nicht an den von ihm mitgefaßten Aussperrungsbeschlüssen. Durch diese Taktik gelang es uns, Breche in den Beschluß der Unternehmer zu schlagen. Wir hatten also auch hier erreicht, was wir bezweckten hatten. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß den Arbeitern von den Unternehmern am nächsten 1. Mai etwas mehr Entgegenkommen gezeigt wird. Die Mitgliederbewegung unserer Zählstelle zeigt folgende Aufstellung: Es wurden im 2. Quartal aufgenommen 238 Mitglieder. Abgereist, ausgetreten, gestrichen und gestorben sind insgesamt 130 Mitglieder. Die absolute Zunahme beträgt somit 108 Mitglieder. Am Schlusse des 2. Quartals hatten wir einen Mitgliederbestand von 2216 männlichen und 549 weiblichen zu verzeichnen. Eine derartige Mitgliederzahl kann für eine Stadt wie Meißen, die doch kaum 35 000 Einwohner zählt, wohl als ein stolzer Beweis angesehen werden, an welchen alle Nachgelagerte der Unternehmer zerschellen müssen. Wir dürfen aber trotzdem nicht ruhen und rasten. Tausende sind noch zu gewinnen, die bis jetzt noch in den Adipischen der Habgucht gefangen und festgehalten werden und nach Erlösung rufen. Vorwärts! sei unsere Losung.

Polizei und Gerichte.

Hineingefallene Staatsvertr. Kollege Buchelt-Stettin war vom Schöffengericht Stettin zu 15 Mk. Geldstrafe oder 3 Tagen Haft verurteilt worden, weil er vor einer Fabrik Handzettel verteilt hatte, ohne die Genehmigung der wohlwolligen Polizei hierzu einzuholen. Zuerst sollte § 43 der Gewerbeordnung gegen den Kollegen angewandt werden, der aber nur die gewerblichmäßige Verteilung von Druckschriften verbietet. Buchelt konnte aber nachweisen, daß er nur einmal Handzettel verbreitet habe, also von einer gewerblichmäßigen Verbreitung keine Rede sein könne. Darauf wurden die §§ 10 und 41 des Preussischen Pressgesetzes, die die unentgeltliche Verbreitung von Druckerzeugnissen von der Genehmigung der Polizei abhängig machen, herangezogen. Kollege Buchelt hatte nun aber 50 Pfennig für das Verteilen erhalten. Daraufhin erklärte das Gericht, diese 50 Pfennig seien nur als Ersatz notwendiger Auslagen, nicht aber als Entgelt für die Verteilung aufzufassen. Auch diene die Bezahlung dieser Summe nur zur Umgehung des Gesetzes.

Kollege Buchelt legte gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung ein. Am 30. Mai fand die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Stettin statt. Ergebnis der Verhandlung war, daß das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und Kollege Buchelt freigesprochen wurde. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung des landgerichtlichen Urteils heißt es: „Der Angeklagte hat gegen das Urteil des königlichen Schöffengerichts in Stettin vom 7. April 1908, durch welches er wegen Verletzung des Preussischen Pressgesetzes vom 17. Mai 1851 zu fünfzehn Mark Geldstrafe, hilfsweise drei Tagen Haft, verurteilt worden ist, in rechter Frist und Form Berufung eingelegt. Die Hauptverhandlung vor dem Berufungsgerichte hat auf Grund der für glaubhaft erachteten eigenen Angaben des Angeklagten und des eidlischen Zeugnisses des Gewerkschaftsbeamten Weder folgenden Sachverhalt ergeben: Der Angeklagte verteilte am 29. Januar 1908 in der Speicherstraße zu Stettin an die Arbeiter in der Pommerischen Provinzialzuckerfabrik Druckschriften, die zur Teilnahme an einer Betriebsversammlung aufforderten. Polizeiliche Erlaubnis besaß der Angeklagte nicht. Für das Verteilen erhielt er nachher 50 Pfennige. In dieser Handlung des Angeklagten liegt kein Verstoß gegen die noch in Geltung befindlichen §§ 10, 41 des Preussischen Pressgesetzes vom 17. Mai 1851, denn diese stellen nur das unentgeltliche Verteilen von Druckschriften auf öffentlichen Straßen ohne polizeiliche Erlaubnis unter Strafe. Die 50 Pfennige, die der Angeklagte für das Verteilen erhalten hat, machen aber das Verteilen zu einem entgeltlichen, zumal dem Angeklagten nach der Behandlung des Zeugen Weder diese 50 Pfennige schon vorher als Entgelt zugesichert waren und auch ein angemessenes Entgelt für die nur höchstens eine halbe Stunde dauernde Arbeit des Verteilens darstellen. Der Angeklagte hat auch nicht gegen § 43 der Gewerbeordnung verstoßen, wonach derjenige, der gewerblichmäßige Druckschriften auf öffentlichen Straßen verteilt, dazu einen Erlaubnis der Polizeibehörde bedarf. Denn er hat, wie er unabweislich behauptet hat, nur dies eine Mal Druckschriften verteilt, und es hat ihm auch nicht nachgewiesen werden können, daß er die Absicht hatte, später durch ähnliche Tätigkeit einen Erwerb zu erzielen. Der Angeklagte hat daher am 29. Januar 1908 wohl entgeltlich, aber nicht gewerblichmäßige Druckschriften verteilt. Daher entfällt auch seine Strafbarkeit aus § 43 der Gewerbeordnung.“

§ 155. Zu der ungeheuerlich hohen Strafe von einem Monat Gefängnis wurden in Königsberg zwei Kollegen verurteilt, weil sie anlässlich des Streiks in der Seifenfabrik von Gumm u. Söhne einem Arbeitswilligen nachgerufen haben sollen: „Warte, wir kriegen dich doch mal!“ Zeuge war ein Schuhmann, der aber von dem Zufall nicht gehört hatte. Die beiden Angeklagten bestritten ganz entschieden, den Arbeitswilligen bedroht zu haben. Trotz alledem das ungeheuerliche Urteil. — Gegen den Jugendverband, der mit Hilfe der schwarzen Listen Tausende von Arbeitern ort- und ortsweglos macht, ist bis heute trotz der Anzeige des Abgeordneten Wagner noch nicht eingeschritten worden.

„Der Oberhirsch als Streifbrecheragent“, so lautet die Ueberschrift einer Notiz, in der sich der „Vorwärts“ kürzlich mit dem bekannten Herrn Strohsfeld in Breslau beschäftigt hatte. Strohsfeld hat nämlich während des Streiks der Metallarbeiter bei der Firma Gubisch in Diegitz dieser Firma Arbeitswillige vermittelt. Genosse Wolff, der verantwortliche Reaktor des Breslauer Parteiblatts, das seinerzeit über den Vorfall in einer für Strohsfeld nicht gerade schmeichelhaften Weise berichtete, wurde daraufhin infolge einer Privatbeleidigungsklage Strohsfelds wegen formeller Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auch den Verantwortlichen des „Vorwärts“, den Genossen Davidsohn, hat Strohsfeld verklagt. Die Sache kam im vorigen Monat vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirsch“ sei keine Beleidigung und der Ausdruck „Streifbrecheragent“ bezeichne lediglich eine Tatsache. Herr Strohsfeld befand sich im Fußbodenraum, und hinter dem schließenden Ofen halb verborgen, nahm er Kenntnis von seiner neuerlichen schweren moralischen Niederlage.

Rundschau. „Der Oberhirsch als Streifbrecheragent“, so lautet die Ueberschrift einer Notiz, in der sich der „Vorwärts“ kürzlich mit dem bekannten Herrn Strohsfeld in Breslau beschäftigt hatte. Strohsfeld hat nämlich während des Streiks der Metallarbeiter bei der Firma Gubisch in Diegitz dieser Firma Arbeitswillige vermittelt. Genosse Wolff, der verantwortliche Reaktor des Breslauer Parteiblatts, das seinerzeit über den Vorfall in einer für Strohsfeld nicht gerade schmeichelhaften Weise berichtete, wurde daraufhin infolge einer Privatbeleidigungsklage Strohsfelds wegen formeller Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auch den Verantwortlichen des „Vorwärts“, den Genossen Davidsohn, hat Strohsfeld verklagt. Die Sache kam im vorigen Monat vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirsch“ sei keine Beleidigung und der Ausdruck „Streifbrecheragent“ bezeichne lediglich eine Tatsache. Herr Strohsfeld befand sich im Fußbodenraum, und hinter dem schließenden Ofen halb verborgen, nahm er Kenntnis von seiner neuerlichen schweren moralischen Niederlage.

hatte. Strohsfeld hat nämlich während des Streiks der Metallarbeiter bei der Firma Gubisch in Diegitz dieser Firma Arbeitswillige vermittelt. Genosse Wolff, der verantwortliche Reaktor des Breslauer Parteiblatts, das seinerzeit über den Vorfall in einer für Strohsfeld nicht gerade schmeichelhaften Weise berichtete, wurde daraufhin infolge einer Privatbeleidigungsklage Strohsfelds wegen formeller Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auch den Verantwortlichen des „Vorwärts“, den Genossen Davidsohn, hat Strohsfeld verklagt. Die Sache kam im vorigen Monat vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirsch“ sei keine Beleidigung und der Ausdruck „Streifbrecheragent“ bezeichne lediglich eine Tatsache. Herr Strohsfeld befand sich im Fußbodenraum, und hinter dem schließenden Ofen halb verborgen, nahm er Kenntnis von seiner neuerlichen schweren moralischen Niederlage.

Verbandsnachrichten.

Vom 21. Juli ab gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein:

Heilbronn 1188,85. Lehrte 117,22. Köslin 178,99. Helmstedt 1,20. Odenstedt 360,19. Lehnsdorf 327,80. Muskau 193,90. Burg b. M. 187,70. Schötmars 180,—. Hanau 164,—. Bamberg 119,04. Neustadt a. d. B. 117,76. Eutin 100,—. Andernach 55,34. Gernsdorf 52,80. Saffelselde 27,20. Hochspeier 22,43. Sagan 7,68. Malente 213,44. Eithra 150,67. Heidenheim 127,24. Schildesee 82,04. Schopfheim 53,02. Hohenwestedt 47,16. Singen 38,28. Jossen 30,30. Schwegingen 18,40. Greifenberg i. P. 13,92. Saargemünd 9,30. Berlin 2259,17. Dresden 800,—. Brandenburg a. S. 511,62. Oberberg i. M. 345,24. Rendsburg 340,—. Döb. 174,75. Granitz 170,84. Dittersbach 104,94. Michendorf i. M. 94,70. Bernigerode 78,49. Thale a. S. 69,20. Friedland b. Br. 52,34. Pahlshude 32,67. Kotbus 17,70. Saffelsbrod 2,—. Rensburg a. W. 1,50. Jena 403,82. Hennigsdorf 294,40. Erlangen 125,52. Gronau 98,98. Straßburg 79,48. Wieg 56,82. Bremen 800,—. Wolgast 739,38. Wüsterleben 270,78. Penzlin 27,82. Neustadt (D.-Schl.) 18,88. Heilbronn 100,—. Pflungsdorf 97,10. Wödnitz 4,56. Vietzheim 3,72. Frankfurt a. M. 1693,36. Würlstadt 162,66. Duisburg 144,50. Tegelheim 100,41. Alfeld 97,58. Lehenid 60,18. Ratibor 8,50. Freiwaldau (Bez. S.) 5,45. Sonneberg S.-M. 266,92. Hohenheim 69,13. Schifferstadt 21,50. Danzig 9,36. Altenburg S.-M. 127,35. Garburg 800,—. Magdeburg 800,—. Althaldensleben 146,15. Hausham 69,83. Alfeld 6,—. Waltershausen 20,—. Leipzig 800,—. Stuttgart 523,02. Chemnitz 369,48. Waltershausen 300,—. Odesloe 172,20. Wöppingen 117,52. Preeß 116,08. Falkenburg 16,34. Kehlheim 4,80. Esterwerda 1,44.

Schlutz: Montag, 27. Juli, mittags 12 Uhr.
Fr. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1908 haben eingekandt: Frankenthal, Lehrte, Querbach i. S., Würlstadt, Andernach, Hageburg, Schöningen, Burg auf Fehman, Köhnitz i. S., Dömitz a. Elbe, Havelberg, Gesehadt, Heilbronn, Heidenheim, Roschendorf, Hohenwestedt, Wörlitz, Waltershausen, Helmstedt I. und II. Quartal, Singen, Neustadt a. Harz, Gernsdorf, Ulm a. Donau, Mustau, Saargemünd, Schopfheim, Leisnig, Wülster, Selmsdorf, Saffelselde, Bromberg, Eithra, Beuthen Ob.-Schles., Schwegingen, Malente, Schöndorf, Michendorf, Hochspeier, Jahnitz, Großenhain, Osterwied, Oberursel, Odenstedt, Thale a. S., Greifenberg i. P., Kotbus, Schötmars, Granitz, Bernigerode, Somburg b. d. S., Rendsburg, Mandach, Wieg, Hennigsdorf, Jossen, Oberberg, Friedland a. Br., Schildesee, Falkenburg, Pahlshude, Erlangen, Wolgast, Neustadt D.-Schl., Lunzenau, Wödnitz, Vietzheim, Pflungsdorf, Schwann, Penzlin, Freiwaldau, Brandenburg, Schifferstadt, Duisburg, Sagan, Würlstadt, Braunschweig, Breslau, Dittersbach, Hohenheim, Rothenburg, Alfeld, Ratibor, Sommerfeld N.-A., Altenburg S.-M., Hausham, Kehlheim, Althaldensleben, Wüsterleben, Sonneberg, Trepptow a. Tollenje, Preeß, Wöppingen.

Gau 6

Württemberg, oberes Baden und Ober-Elß. Am Sonntag, dem 6. September, vormittags 10 Uhr, findet in Stuttgart im Gewerkschaftshause „Goldener Bar“, Eplingerstraße 17/19, eine

Gau-Konferenz statt. Die Tagesordnung wird den Bevollmächtigten der Zählstellen durch Zirkular mitgeteilt. Die Kollegen werden ersucht, sofort in ihren Versammlungen zur Konferenz Stellung zu nehmen.

J. A. Leonhard Wörner.

An die Auszahler von Reissenunterstützung. Der Kollege Paul Krüger hat in Frankfurt a. M. versehenlich den Reissenkontrollschein mit Quittung über 5 Mk. bezogen, Reisse- und Aufenthalt-Unterstützung mitgenommen. Die Auszahler werden ersucht, den Kollegen darauf aufmerksam zu machen und die Quittung eventl. nach Frankfurt a. M. einzusenden.

Eingegangene Zählstellen.

Penzlin. Hochspeier ist an Kaiserlautern, Neustadt (Wolg.) an Ludwigsb. a. M. angeschlossen. **Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.** 250 713. Luise Koltau, eingetreten am 8. Juli 1907 in Hamburg. 299 686. Ernst Marquardt, eingetreten am 23. Januar 1908 in Schönebeck a. E. 201 646. Willi Werner, eingetreten am 29. August 1906 in Dresden.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Mitona - Dittensen. Wilhelm Fingelberg, Schulstraße 39 I. Et. **Stensburg.** Thomas Christensen, Schwalbenstraße 16, I. Et. **Saffelselde a. S.** Franz Gerlach, Stenberg. **Karlshöhe.** Krankenunterstützung wird ausbezahlt bei Wilhelm Denkefer, Wühlberg, Bachstraße 75, 3. Et., abends von 6 bis 8 Uhr. **Chlau.** Paul Berger, Friedrichsplatz 26. **Pianou i. W.** Karl Schirich, Pauerstraße 95, I. Et. **Striegau.** Paul Wagner, Günterstraße 32.

Inserate.

Zählstelle Hamburg. Versammlungen der Distrikte: **Billwärders:** Dienstag, den 11. August, bei Fischer, Billwärders 60. **Hamburg:** Mittwoch, den 12. August, bei Planck, Teufelhof 21. **St. Georg:** Mittwoch, den 12. August, im Gewerkschaftshause, Zimmer 1 und 2, Eingang vom Garten. **Wandsbek:** Mittwoch, den 12. August, im Gewerkschaftshause, Sternstraße. **Hamm:** Mittwoch, den 12. August, bei Ritter, Vorfeldmanns Weg 64. **Eimsbüttel:** Donnerstag, den 13. August, bei Struck, Fruchtallee 70. **Rothenburgsort:** Donnerstag, den 13. Aug., in Paul Bocks Salon. **Ohlenhorst:** Donnerstag, den 13. August, bei Fr. Möller, Ede-Wach- und Nothstraße. **Barmbeck:** Donnerstag, den 13. August, bei Mause, Ede-Nachland- und Maurerstraße. **Winterhude:** Donnerstag, den 13. August, bei Herzberg, Barnbederstraße. **Eilbeck:** Donnerstag, den 13. August, bei Albers Wwo., Wandsbeker Chaussee. **Wilhelmsburg:** Sonnabend, den 15. August, bei Fr. Schnack, Vogelhüttenbeich. **Stellingen:** Sonnabend, den 15. August, bei Jul. Lange, Stellingen, Kiehlstraße. **Schnelsen:** Sonnabend, den 15. August, im „Schnelsener Hof“, 3,90 Mk. Die Ortsverwaltung.

Aus der chemischen Industrie.

Chemische Kapitalisten-Kämpfe.

Wenn das Großkapital in der chemischen Industrie seine Arbeiter mißhandelt und ausnützt, daß sie vor Elend schreien möchten, dann schaut die bürgerliche Mittelwelt verständnis- und teilnahmslos zu. Mögen sich die Leute wehren, wenn sie können! Wehren sie sich nicht, so verdienen sie's nicht anders. Wenn aber das chemische Kapital in Deutschland selbst einmal von Mächtigen bedrängt und bedroht wird, dann ist der Teufel los. Dann spektakelt die bürgerliche Industrie- und Handelspresse wie ein Mann und ruft nach Hilfe. Dann ist kein Mittel schlecht genug, um nicht benutzt zu werden. So war es kürzlich, als die Engländer ihr Patentgesetz gegen die deutschen chemischen Fabriken genau anwandten, und so ist es jetzt, da der deutschen Salpeterbranche eine gefährliche Auslandskonkurrenz droht. Nur daß die Gefahr, über welche jetzt gezeckert wird, durchaus in der Entwicklungslinie auch des deutschen Kapitalismus liegt, so daß das Geschrei unserer kapitalmächtigen Ausbeuter über eine Schädigung, die ihnen vielleicht von noch mächtigeren ausländischen Kapitalisten droht, doppelt interessant und beachtenswert für uns Arbeiter ist.

Das mächtige deutsche Salpetergeschäft, bei dem außerordentlich verdient wird, beruht fast ganz darauf, daß der größte Teil des in Chile (Südamerika) gegrabenen Salpeters von deutschen Händlern und Industriellen aufgekauft wird. Die deutsche Handelsstatistik für 1906 weist nach, daß für nicht weniger als 124 Millionen Mark solchen Chilisalpeters allein nach Deutschland eingeführt und im wesentlichen bei uns in der Landwirtschaft und der chemischen Industrie verbraucht wurden. Denn zur Wiederausfuhr nach Holland und Oesterreich gelangten von jenen 124 Millionen Mark Warenwert nur 4 1/4 Millionen Chilisalpeter. Für 120 Millionen Mark Salpeter blieb also bei uns. Der Mittelpunkt dieses Geschäfts nach Deutschland ist Hamburg. Die Hamburger Salpeterhändler wußten durch ihr starkes Übergewicht in Chile die Preise für das Rohprodukt so zu drücken, daß sie an die deutsche chemische Industrie und die Landwirtschaft immer noch billig verkaufen und doch noch sehr reichlich verdienen konnten. Schreibt doch jetzt selbst ein deutsches Kapitalistenblatt: „Allerdings kann und soll nicht geleugnet werden, daß das Salpetergeschäft für die daran beteiligten deutschen Interessenten ein recht lukratives (lohnendes) gewesen ist; der Verdienst floß jedoch in so zahlreiche Kanäle, daß bei dem einzelnen nicht gerade besonders viel (?) haften blieb. Hamburger Kaufmannsfirmer, die in Chile Häuser haben, besorgten den Einkauf des Artikels an der Westküste Südamerikas, oder sie sind Besitzer von Officinas, d. h. von Salpeterfabriken, und somit an dem Gedeihen dieses Geschäfts direkt interessiert. Der aus der Pampa Chiles mit der Bahn an die Küstenplätze kommende Salpeter wird in Dampfern, zumeist aber in Segelschiffen verladen und nach Europa gebracht. Ein enormer Teil davon geht direkt nach Hamburg und beschäftigt dort zahlreiche Importeure, sowie Zwischenhändler, Kommissionäre und Makler, die die Ware an den Konsum verteilen. Selbstverständlich ziehen alle diese Mittelspersonen einen angemessenen finanziellen Nutzen aus ihrer Tätigkeit, wie gleichfalls die Reedereien und Schiffsmakler an der Beförderung der Ware verdienen.“

Hier sehen wir mit plastischer Deutlichkeit ein Bild echt kapitalistischer Geschäftigkeit und Profitmacherei entrollt: wie

an dem Salpeterhandel unzählige große und kleine Geschäfte hängen und alle aus ihm ihren goldenen Nutzen ziehen, wobei für die südamerikanischen Verkäufer und Bergleute auf der einen Seite und für die deutschen chemischen und landlichen Arbeiter auf der andern Seite der Stufenleiter offenbar das Wenigste abfällt. Das deutsche Handels- und Industriekapital nimmt den Löwenanteil für sich.

Man kann sich deshalb denken, in welche Aufregung diese Kapitalistenkreise geraten sind, als sie folgendes hörten: Eine englische Gesellschaft mit einem Rieskapital, das offenbar noch stärker ist, als das in deutschen Salpetergeschäft angelegte, will den chilenischen Salpeterhandel kartellieren und organisieren, wahrscheinlich auch monopolisieren, d. h. möglichst in seine Hände allein bringen. Der Plan für dieses noch größere Gewinngeschäft ist kürzlich in London durch die beteiligten englischen Kapitalisten unter französischer Beihilfe beraten und festgelegt worden. Wenn man den chilenischen Salpeterhandel an sich reißen und die deutschen Profitmacher verdrängen will, muß man natürlich die Produzenten des Salpeters in Chile selbst zu gewinnen suchen. Dies soll dadurch geschehen, daß man ihnen höhere Preise für ihr Produkt gewährt, als ihnen bisher die deutschen Kapitalisten zahlte. Beim Ankauf von 500 bis 1000 Tons sollen etwa 10 1/4 Pfund Sterling pro T. berechnet werden, für 100—500 Tons stellt der Preis sich schon auf 11 Pfund Sterling und bei Käufen unter 50 Tons auf 11 3/4 Pfund Sterling pro T. Da nun selbstredend nur ganz große Konsumenten in Frage sind, Mengen von 500 T. und darüber zu erwerben, so würde das englische Syndikat als das kapitalmächtigste immer die Vorhand beim Ankauf haben und an Salpeter vorräten nur übrig lassen für den freien Markt, was es selbst nicht braucht. Es würde vielleicht auch eine Preiserhöhung im Handel diktiert können, ähnlich wie das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat den deutschen Kohlenverbrauchern die Kohlenpreise unbarmherzig hinaufgeschraubt hat. Andererseits würde es den Markt so beherrschen, daß es wenig Verluste zu befürchten hätte. Nichtet sich schließlich die englische Niesengesellschaft den Absatz noch so einheitlich ein, wie der amerikanische Petroleumtrust oder das Kohlen-Syndikat, indem es die Abfuhr, die Lagerung und den Verkauf durch Unteragenten ganz selbständig von sich aus organisiert, so spart es durch diese Vereinfachung und die Ausschaltung des schmarozenden Zwischenhandels soviel, daß es außerordentlich fetten Gewinne machen kann. Wenn es wollte, brauchte es nicht einmal eine Salpeterverkennung einzutreten zu lassen, könnte die Chilener anständig für ihren Salpeter bezahlen und doch noch reichlich verdienen. Bekanntlich kommt aber bei den Kapitalisten der Appetit beim Essen. Hat das englische Niesensyndikat den Salpeterhandel einmal fast ausschließlich in der Hand, dann wird es das Geschäft genau so betreiben, wie unsere chemischen Ausbeuter: 30 bis 50 Prozent Nutzen für sich und für die andern möglichst wenig!

Damit ahmt es aber leblich auf größerer kapitalistischer Stufenleiter nach, was unsere Kapitalisten im chemischen Handel und in der chemischen Industrie seit Menschengedenken treiben. Und eben deshalb ist es von so überwältigender Komik, daß nun in der deutschen Kapitalistenpresse der Entrüstungssturm über die englische Unverschämtheit losgebrochen ist. Was bisher für die deutschen chemischen Profitmacher durchaus erlaubtes Geschäft war, wird auf einmal eine Art von Verbrechen, wenn es von noch mächtigeren englischen Kapitalisten

nach gründlicher betrieben werden soll. Man lese nur, wie die deutsche Handelspresse geifert: „Man sieht also, daß das Gelingen der englischen Pläne den britischen Interessenten einen Nutzen abwerfen würde, unter dessen enormer Höhe alle Verbraucher ohne Ausnahme zu leiden haben würden. Dazu kommt aber, daß beim Gelingen der Syndizierung alle bisher an Salpetergeschäften interessierten deutschen Kaufmanns- und Redereifirmen einfach völlig kalt gestellt würden, ganz zu Schweigen von den zahllosen Angestellten und Arbeitnehmern, welche diese Firmen zurzeit beschäftigen. Zu diesem volkswirtschaftlichen Punkte der Sache kommt aber noch eine nationale Erwägung hinzu. Jedermann weiß, welche Rolle der Salpeter in der Pulverfabrikation spielt. Gelänge es nun, den gesamten Handel in dem Artikel in englischen Händen zu vereinigen, so wäre bei drohendem oder ausbrechendem Kriege das britische Syndikat instanzlos, einfach zu dekretieren: „Salpeter wird nach Deutschland weder direkt, noch indirekt verkauft, auch dorthin nicht geliefert!“ Die Konsequenz könnte man sich ohne weiteres ausmalen. Es erhebt sich daher die Frage, ob nicht die deutsche Reichsregierung ein Interesse daran hat, den britischen Bestrebungen auf diplomatischem Wege entgegenzutreten.“ Das ist ein unübertrefflich lehrreiches Schulbeispiel dafür, wie es unsere Kapitalisten verstehen, sofort alle Register zu ziehen, wenn es gilt, ihren Profit zu verteidigen. Natürlich war ihr Nutzen bisher verhältnismäßig bescheiden, derjenige der Engländer aber wird „enorm“ sein. Daß sie selbst mit ihrer Profitmacherei ausgeschaltet werden sollen, ist angeblich noch ihr geringster Jammer. Aber ihre armen Angestellten und Arbeiter! Diese ihre Ausbeuteten werden jetzt plötzlich mit ihrem Schicksal vorgehoben und müssen als Puppen für die Unternehmer im Vordergrund der Kampfbühne erscheinen. Das elende Los, das ihnen droht, und das sich nicht viel von demjenigen unterscheidet, welches sie jetzt schon unter der ungestörten Profitmacherei erdulden müssen, soll für den bedrohten deutschen Kapitalprofit werben. Sonst bezeichnen dieselben Leute eben als einen Störenfried, der sich um das Los ihrer Angestellten und Arbeiter kümmert. Hier, wo es ihren Zwecken dient, ziehen sie es selbst aus dem Dunkel und breiten es vor der Mittelwelt aus, um Mitgefühl — für sich zu erwecken. Und schließlich darf das „nationale“ Element nicht fehlen. Das englische Salpeter-Syndikat wird unsere Pulverfabriken aufs Trockne setzen und das teure Vaterland wehrlos machen. Wobei natürlich schamhaft verschwiegen wird, daß der bekannte internationale Ring der Pulverfabriken, in dem das deutsche Rottweil friedlich neben englischen Kapitalisten sitzt, das teure Vaterland jetzt schon weidlich zugunsten des internationalen Kapitalprofits ausgebeutet hat.

Die Kapitalistenkämpfe in dem Handel und der Industrie mit chemischen Produkten enthüllen uns Arbeitern also ein wüßes Bild kapitalistischer Gewissenlosigkeit, Heuchelei und rücksichtslosen Kampfes untereinander. Wie verhältnismäßig leicht wäre es, dieser Gesellschaft und ihrem Treiben Schranken zu ziehen, wenn erst einmal die chemischen Arbeiter Deutschlands und dann die der übrigen Hauptländer einig und fest miteinander verbunden wären! Wir brauchen unsere Ausbeuter nur mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Denn unser Wohlsein ist wichtiger für den Staat und das Land, als der bedrohte Ueberprofit einer kleinen Klasse von Plutziern.

Am Grabe unfres ersten Vorkämpfers.

Vorige Woche ist in Ludwigshafen a. Rh. ein Mann gestorben, betrauert von Freund und Feind, dem speziell die chemischen Arbeiter Deutschlands viel verbunden: der sozialdemokratische Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnete Franz Joseph Ehrhart. Er war der erste, der in der deutschen Arbeiterliteratur auf das furchtbare Dasein der chemischen Arbeiter eingehend hinwies, es mit kundiger Hand beschrieb und die soliden Anfänge zur organisierten Abwehr kapitalistischer Ausbeutung in dem größten chemischen Betriebe Deutschlands schuf.

Durch sein ganzes Lebensschicksal war Ehrhart zum innigen Verständnis des chemischen Arbeiterdaseins bestimmt und vorbereitet. In Eschbach bei Landau in der Pfalz am 3. Februar 1853 als unehelicher Sohn einer armen Dienstmagd geboren, löstete er als herumstößendes Pflegekind alsbald alle Pein und Mitleid aller freudlosen Proletariermenschen aus. Während sich seine Mutter für ihn das Brot vom Munde darbot, liebten die habgierigen Pflegeeltern dem Kind kein Geschen, keinen Zuspruch der armen Mutter zukommen, sondern hielten ihn zum — Holzdiebstahl an. Mit Eifer und Wehmut pflegte Ehrhart seinen nähern Freunden von dieser Zeit zu erzählen. Welcher stittliche Ernst muß aber in dem Knaben gewohnt haben, daß er sich aus diesem Schmutz zu dem in die Höhe arbeitete, was er wurde! Mancher fromme Mann und Priester konnte sich an ihm ein Muster nehmen. Andererseits zeigt der Lebenslauf unfres Ehrhart, daß auch der Vernunft und Niedrigkeit nicht ganz zu verzeihen braucht, wenn er sich den Willen und die Kraft bewahrt, zu kämpfen. Ehrhart kam mit dem achten Lebensjahre in etwas bessere Verhältnisse, dadurch, daß seine Mutter nach Fürth zog und ihn bei sich behalten konnte. Er wurde Schulkamerad seines späteren Genossen und Kollegen im bayerischen Landtag, Segitz, lernte gut und eifrig bei einem Tapezierer, sodas er später seine Tätigkeit auf dieses Handwerk gründen konnte, und zog mit 16 Jahren schon in die Fremde. Ueber Darmstadt, wo er die erste Arbeit fand, gelangte er nach Mannheim und in die Pfalz, und hier lernte er die Ludwigshafener Anilinfabrik und ihr Arbeiterelend so kennen, daß er es nie wieder aus den Augen verlor. Zuerst anfangs der siebziger Jahre, dann von Mitte der achtziger ab vertiefte er sich in die Leiden und Freuden der chemischen Proleten. Mit ihnen gehen unter ihnen hielt er 1874 den ersten pfälzischen Arbeiteritag ab, gründete er das erste badisch-pfälzische Arbeiterblatt, kämpfte er die ersten Wahlkämpfe, bis 1893 das Ludwigshafener Reichstagsmandat für die Arbeiter erobert w. v. Ein Aufenthalt in Paris und London von 1878—1880 erweiterte seinen Blick. Als er sich 1884 endgültig in der Stadt der Badischen Anilin- und Sodafabrik niederließ, in der er nun auch, reich an Erträgen und Ehren, gestorben ist, war sein Schicksal auf immer mit demjenigen der chemischen Arbeiter vereint. Aus seiner unerschütterlich sozialistischen Ueberzeugung heraus kämpfte, stritt und litt er als Agitator, als Organisator, als Schriftsteller, als Stadtverordneter gegen die mächtige chemische Unternehmerrichterschaft neben den und für die chemischen Arbeiter. Und sie lohnten es ihm durch unverbrüchliche

Treue und siegende Hingabe an die Sache des Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung. Jetzt, nach seinem Tode, muß sich der Mann erst wieder finden, der die chemischen Arbeiter von Ludwigshafen so eng mit Partei und Organisation verbindet. Glücklicherweise sind inzwischen auch die chemischen Arbeiter ein gut Stück vorgeritten und mit der Sache verwachsen, sodas sie eines persönlichen Vermittlers leichter entraten können. Sie dazu erzogen zu haben, ist ja gerade das schönste Verdienst Ehrharts und derer, die ihm als treue Freunde aus der Arbeiterchaft halfen.

Das bleibende Verdienst aber, das sich Ehrhart bei unsren Kollegen sichtbar geleistet hat, ist seine nunmehr längst vergriffene, aber einer Neubearbeitung durch einen kundigen Nachfolger noch immer werie Schrift von 1892: „Die Zustände in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Von F. J. Ehrhart“ (Mannheimer Kleinverlagsdruckerei). Heute, wo wir ziffernmäßige, wissenschaftliche und organisatorische Hilfsmittel in größerer Fülle zur Verfügung haben, einen mächtig ausblühenden Verband, ein reichhaltiges Verbandsorgan — heute können wir uns schon einen Begriff davon machen, welche Last es vor 16 Jahren war, mit der ersten, 46 Seiten starken Schrift überhaupt über die Lage der chemischen Arbeiter hervorzutreten. Kein Professor, kein Volkswirt, keine Behörde hatte noch die Lage unserer Kollegen beschrieben. Der vom Feuergeist des Sozialismus durchglühte Tapezierergeselle Ehrhart mußte kommen und das erste Versehen über chemisches Arbeiterelend liefern, um damit die wertvolle erste Grundlage für unsre genauere Kenntnis der Dinge und für unsre Besserungsbestrebungen zu liefern! Die Schrift wurde zum Niederlag seines beinahe 20jährigen Zusammenlebens mit den chemischen Arbeitern und eines beispiellos geschickten und fleißigen Nachhelfens nach der Entstehung und Entwicklung der chemischen Industrie in Ludwigshafen.

Schon im Vorwort lernen wir sofort den ganzen erwachsenen und überlegen sportenden Pfälzer, den Ehrhart erkennen. Die Anilinfabrik habe ihr 25-jähriges Jubiläum durch eine Festschrift feiern wollen. „In der Uebersetzung jedoch, daß ein derartiges Preisergebnis das hiesige Niesenunternehmen einseitig beleuchten werde, habe ich mich entschlossen, das Material zu sammeln, um auch die Schattenseiten des Geschehens vorzuführen. Wer's würdiger Weise hat man (die Fabrik) jedoch von dem Plau (einem offiziellen Festbericht) Abstand genommen“. Aus den wenigen Sätzen schaut der ganze Schalk heraus, der Ehrhart bei allen heiligen Ernst für die Arbeiter Sache eigen war. Nun sollte, so fährt er fort, kein Schriftführer in die Wäde eintreten, wobei er „mit Rücksicht darauf, daß das einschlägige Material sehr reichlich und schwerig zu beschaffen war, für allenfallsige Lücken oder Irrtümer im voraus um Entschuldigung bitte.“ Und das für eine Schrift, an der ihm die Fabrikleitung nachher trotz heftigsten Bemühens, Ehrhart zu „widerlegen“, fast keinen, jedenfalls keinen wesentlichen Jrrtum nachweisen konnte. So gut hatte sich der Tapezierergeselle in die schwierige Materie der chemischen Industrie eingearbeitet! Dann widert er die Begründung der Anilinfabrik gegenüber dem mächtig aufstrebenden und von der Regierung begünstigten Mannheimer, während „der ge-

mütlige bayerische Popp immer dafür sorgte, daß das junge Ludwigshafen gemächlich nachrückte.“ So schrieb Ehrhart, genau wie er sprach, mit drahtigem Humor, innerer Wirkam und eindrucksvoll. 1852 ist dann von Gebrüder Gialini in Ludwigshafen die erste Fabrik überhaupt, auch eine chemische, 1865 sei die Anilinfabrik gegründet worden. 1879 habe sie 2000 Arbeiter beschäftigt, 1892, zur Zeit der Schrift, 3500. Heute ist es bekanntlich eine Arbeiterarmee von 7000 bis 8000 Köpfen geworden. Dann schildert Ehrhart richtig das damalige, noch bis heute in seinen Resten erhaltene Lohnsystem der Anilin, bei dem Lohnfestsetzung und Auszahlung von den Abteilungsleitern ganz verschieden für die einzelnen Betriebsabteilungen vorgenommen wurden, weil diese Abteilungsleiter Gewinnanteil an ihrer Abteilung haben. Ehrhart widerlegt sehr geschickt den pfälzischen Fabrikinspektor, der schon damals die Verhältnisse schonte. Er geißelt das Prämienlohnsystem, die Fabrikordnung, stellt das durchscheinliche Zehrsseinkommen eines Ludwigshafener chemischen Arbeiters auf 750 Mark fest und schildert dann auf Grund genauer Sachkenntnis die beispiellose Arbeitszeit, das Ueberstundenwelen und die Gesundheitsschädlichkeit der ganzen Beschäftigung unter Verbringung unruhlicher Belege aus den Berichten des Fabrikarztes, die aber sehr kundig kritisiert und ergänzt werden. Den Schlüssel macht eine Darlegung des nationalliberalen Wahlverordnisses des Unternehmers, von dem das Wort aus Ludwigshafener Volksmunde herkommt: „Wer nicht wählt den Dr. Groß, ist morgen keine Arbeit los.“ Als Probe für die schlagende Kritik, die Ehrhart mit wenigen Worten an diesen Mächtigkeiten und Wahldrohungen, wie Wahlversprechungen übte, sei der eine Satz aus diesem Kapitel angeführt: „Nach der Wahl rüschte der Karren sofort wieder in sein altes, ausgefahrenes Geleise, aus dem er nur bei Festen oder sonstigem Kummel auf Momente sprang“. Anständlicher und vollständiger für die chemischen Arbeiter kann man nicht gut sprechen und schreiben! Die Schrift Ehrharts schlug bei der Fabrikleitung und den Behörden so ein, daß eine ganze Anzahl Mitleidende in der großen Gießhütte sofort befreit wurden. Wenn heute die Ludwigshafener Kollegen einen neuen Kameraden an der Anilinfabrik vorüber führen, zeigen sie ihm noch die Speiseräume und vieles mehr, was damals infolge der treffenden Ehrhart'schen Kritik eingerichtet wurde. Und über Ludwigshafen hinaus wurden Öffentlichkeit, Behörden und Arbeiter gewiesen auf die Zustände in der chemischen Industrie überhaupt hingewiesen. Alle späteren Forschungen und Darstellungen sind durch Ehrharts Vorbild angeregt und befruchtet. Der sozialistische Tapezierergeselle ist der Vater der beschreibenden und bessernden chemischen Arbeiterliteratur in Deutschland geworden.

Nun ruht er aus von seinem Kampfleben, schon im 55. Lebensjahre dahingerafft durch seine aufreibende Wirkamkeit für das pfälzische und deutsche Proletariat. Die chemischen Arbeiter aber legen in treuer Erinnerung diesen Kranz des Dankes an sein Grab nieder und geloben, in ihrem Verbands nicht zu ruhen und zu rasten, bis sie das Vermächtnis, das ihnen der chemische Arbeiterfreund Ehrhart hinterlassen, bis zum letzten Buchstaben mit derselben Energie wie er ausgeführt haben!

Kleine Unfallrenten für chemische Verletzte.

Nach dem Gutachten der chemischen Berufsgenossenschaft an das Reichsversicherungsamt über die Häufigkeit der Unfälle in der deutschen chemischen Industrie, das in unserem Artikel vom Schlachtfeld der chemischen Arbeit erwähnt ist, soll die Steigerung der Zahl der Entschädigungsfälle auch darauf zurückzuführen sein, daß die Polizeibehörden nunmehr ihre sämtlichen Unfalluntersuchungsprotokolle den Berufsgenossenschaften in Urchrist überreichen, während früher nur solche Protokolle überhand wurden, welche von jenen ausdrücklich beantragt wurden. So nebenbei diese Veränderung an sich nicht, so bedeutungsvoll wäre sie für die Praxis geworden. Während früher alle diejenigen Fälle für die Berufsgenossenschaft als erledigt und nicht entschädigungspflichtig galten, in welchen der Verletzte, soweit er nicht ausdrücklich Rentenansprüche geltend gemacht hatte, nach Auskunfts des Unfallbetriebes und Ansicht des ärztlichen Begegnungsbüros (der Unternehmer) wieder als hergestellt und arbeitsfähig zu betrachten war, so unterliegen heute alle solche Fälle der Entscheidung der Entschädigungsstellenorgane, in welchen oft nur aus formalen Gründen (?) im polizeilichen Unfalluntersuchungsprotokoll, meist auf Veranlassung (!) des vernehmenden Polizeibeamten, die Frage nach Erhebung von Rentenansprüchen seitens der Verletzten bejaht wurde, ohne daß dies ernsthaft seine Absicht gewesen ist. Derartige Fälle, in welchen Rentenansprüche vor der Polizei gestellt wurden, kamen früher nicht zur Entscheidung, da der Verletzte selbst von der Stellung eines Antrages bei der Berufsgenossenschaft Abstand nahm und die Berufsgenossenschaft deshalb gar keine Kenntnis von einer Geltendmachung der Ansprüche erlangte. Wenn auch die größte Mehrzahl dieser Ansprüche abgewiesen wird, dürfte doch eine Anzahl zur Bewilligung kleiner Renten für kurze Zeit führen und auf diese Weise mit dazu beitragen, die Zahl der leichteren Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit zu vergrößern. In diesen Belangen wird recht Erbauliches ausgegeben. Wenn früher ein verletzter chemischer Arbeiter bei der Polizei einen Rentenanspruch stellte und damit seine Ansprüche doch sicher an richtiger Stelle gemeldet zu haben glaubte, so ignorierte die Berufsgenossenschaft solche Meldungen. Das Polizeiprotokoll wurde ihr ja nicht geschickt, und einen zweiten Antrag durch den Betrieb stellte der Verletzte sehr oft nicht, weil er ja bei der Polizei schon das Nötige getan zu haben glaubte. Auf diesem bequemen Wege beseitigten die Unternehmer eine große Anzahl von ihnen unangenehmen Rentenansprüchen, indem sie gar keine Kenntnis von ihnen erlangten. Daß es faule Ausreden sind, wenn jetzt davon gesprochen wird, die Stellung eines Rentenanspruchs sei in solchen Fällen gar nicht „ernsthaft die Absicht des Verletzten gewesen“, beweist die von dem Gutachten angegebenen Tatsachen, daß nunmehr, wo die Polizeibehörden durch Überreichen der Protokolle die Unternehmer um ihr bequemes Mittel auszuweichen, gebracht haben, doch eine Anzahl (solcher Anträge) zur Bewilligung kleiner Renten für kurze Zeit führen. Wenn die Berufsgenossenschaft jetzt zählt, so doch nur deshalb, weil der Unfallanspruch der Arbeiter unbestreitbar ist. Früher hat man den formalen Mangel benutzt, um sich von jeder Entschädigung zu drücken. Eine Mahnung mehr an unsre Kollegen, in Unfallfällen nichts zu veräumen und stets möglichst sofort den Rat eines Kundigen, am besten den eines Arbeitervereins, in Anspruch zu nehmen.

In lauten Auflagen wegen des Wiener Zelluloid-Anfalls.

welches wir in Nr. 29 des „Proletariats“ besprochen, kommt auch das Fachblatt der deutschen Unternehmer, die Berliner „Zelluloidindustrie“. Sie schreibt in ihren Nummern 18 und 19 ganz ähnlich wie wir: „Hiernach scheint denn doch festzustellen, daß von allen Seiten die nötige Vorsicht für den Betrieb nicht abgewartet hat. Sowohl die Behörden, die die „Anlage“ zu prüfen hatten, als die, die den „Betrieb“ zu reglementieren und zu beaufsichtigen hatten, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht in vollem Maße getan. Romanisch aber scheint auch die Aufsicht im Betriebe selbst ungenügend und nicht gehörig kontrolliert gewesen zu sein; das ergibt sich schon aus der Vertrauens eines 17-jährigen Menschen mit der Bezeichnung des Zelluloidfabrikanten. Ueberhaupt sollten jugendliche, unerfahrene Personen in Betrieben von solcher Gefahrhaftigkeit entweder gar nicht oder nur unter strenger Aufsicht beschäftigt werden. ... Warum aber beherrschte das zur Fabrikation und sogar zur Wohnung dienende Gebäude so große Mengen des leicht entzündlichen Materials? Warum mußte in unmittelbarer Nähe der Betriebsräume für so leicht entzündbares Material auch noch ein großer Haufen eines anderen leicht brennenden Materials (Kohle) aufgeschichtet werden? Warum waren die Arbeitsräume nicht mit noch anderen schlagenden Heftern und zu denselben führenden Feuerleitern versehen? Warum die Entfernung des Zelluloidfabrikates nach bestimmten Vorschriften nicht sofort vorzunehmen war, — wie konnten da die unter dem Abzugapparat 50 Säcke Zelluloidfabrikat anhebeln? Und warum kontrollierte die Behörde nicht die Bezeichnung des Stoffes? ... Warum ordnet man z. B. für die Bearbeitung nicht des Holzspanns an, wie es in Deutschland überall gebräuchlich ist? Warum verbietet man nicht jede Lagerung größerer Mengen Zelluloid und Zelluloidwaren in Gebäuden, die zum Wohnen und zum Gewerbebetrieb dienen? Warum werden Zelluloidfabrikanten nicht auf die Befolgung dieser Vorschriften hin öfters verwiesen und bei Zuwiderhandlungen mit schwereren Strafen belegt? Wenn die Behörden in solcher Weise vorgehen, wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen einzuwenden haben, auch die Zelluloidfabrikanten zu bestrafen; denn die häufigen Brände in Zelluloidfabriken entstehen nicht nur an Stelle Unvorsichtigkeit gegen diese Art Fabrikation an sich, sondern sie diskreditieren auch das Fabrikat überhaupt und schädigen damit die ganze Branche. Also: rücksichtslos vorgehen gegen jede Art von Unvorsichtigkeit bei der Zelluloidfabrikation. Aber: wohl beachten die Bedingungen für die Lebensfähigkeit und Bewegungsfähigkeit der Zelluloidindustrie.“ Der letzte Vorbehalt ist natürlich das kapitalistische Unterwürgen, das man sich offen hält. Dann jedesmal, wenn die Arbeiter wirklich Glück machen wollen im Schmeißerhaken, sind es immer wieder die Zelluloidfabrikanten, die vom „König“ von Industrie küssen und durch ihren sozialen und politischen Einfluß solche Maßnahmen verhindern.

Chemische Arbeitertransaktionen in Frankreich.

Die französischen Arbeiter haben das richtige Leben der Arbeiter und den Kampf, das heute in Paris der Jules Rouff erregt, bringt auch Kämpfe über die verschiedenen chemischen Arbeitervereine. Die Arbeiter haben u. a. sich bei der Verhandlung vor dem Tribunal z. B. zu verschiedenen Klagen erhoben, die sich auf die verschiedenen Arbeitervereine beziehen, und daß durch unvorsichtige Übernahme von Verbindlichkeiten, die sich nur durch ungünstige Klagen aufheben lassen. Da aber die Klagen der Arbeiter in dieser Hinsicht 450 Franc nicht übersteigen und die Arbeiter nur 100—225 Franc verdienen, so meinen die Arbeitgeber und Juristen, daß die Arbeiter auf ganz kluge und gezielte Weise gehen. Und wenn französische Arbeiter nicht sich also bei solchen Klagen betätigen lassen!

Neue Kapitalanlagen in der chemischen Industrie Deutschlands.

Im Jahr 1907 und 1908 sind in der chemischen Industrie Deutschlands neue Kapitalanlagen im Wert von 1.150.000 Mk. getätigt worden. Im Vergleich mit dem Jahre 1906, in dem nur 400.000 Mk. investiert wurden, ist dies ein Anstieg um 187,5%. Die Investitionen sind hauptsächlich in die Herstellung von Salpäter, Soda und anderen chemischen Erzeugnissen gerichtet. Die chemische Industrie hat in den letzten Jahren einen starken Aufschwung erlebt, was auf die steigende Nachfrage nach chemischen Produkten zurückzuführen ist. Die Investitionen sind ein Zeichen für das Vertrauen der Kapitalgeber in die Zukunft der chemischen Industrie in Deutschland.

nur an 5 Wochentagen gearbeitet. Gegen 100 Arbeiter sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die kleineren Betriebe wären natürlich geschäftliche Rücksicht am meisten. Und es ist immer noch besser, Arbeitszeitverkürzungen als Lohnherabsetzungen und Entlassungen vorzunehmen.

X. Verhütung. In der vorigen Nummer des „Proletariats“ Beilage (Seite 147) 3. Spalte ist in der Notiz: „Ueber die Gehälter unserer chemischen Doktoren“ der Sinn des letzten Satzes durch einen Druckfehler in sein Gegenteil verandelt worden. Es muß vor dem drittletzten Wort das Wort „nicht“ eingeschaltet werden. Für den aufmerksamen Leser geht das übrigens schon aus der Fassung der Notiz hervor.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Aus dem Verwaltungsbericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft.

Der Bericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft von 1907 gibt uns wiederum ein Bild von der verhältnismäßig hohen Unfallgefahr, der die Ziegeleiarbeiter ausgesetzt sind. Die Entwicklung der Ziegelindustrie hat leider in immer steigendem Maße auch eine Steigerung der Unfälle zur Folge. Jeder Fortschritt, der den Unternehmern ungeahnte Reichtümer bringt, muß mit dem Blute der Arbeiter besiegelt werden. Außer Arbeitskraft und Gesundheit gehört auch noch der Verlust von Gliedern und Leben zu dem Tribut, der von den Arbeitsbienen zu Ehren des Unternehmerprofites entrichtet werden muß.

Im Jahre 1907 gelangten 7073 Unfälle bei der Ziegelei-Berufsgenossenschaft zur Anmeldung; darunter 865 Knochenbrüche verschiedener Art, 250 Verstaumelungen von Gliedmaßen und 175 mit tödlichem Ausgang. Die Getöteten hinterließen 112 Witwen und 205 Kinder. 12 Getötete waren noch nicht 16 Jahre alt, schon im Kindesalter mußten sie für den Profit ihr Leben opfern. Die meisten Todesfälle, nämlich 41, ereigneten sich durch den Einsturz von Lehmwänden, 40 durch Fuhrwerk und 26 an den Gleisbahnen. Von den 7073 Unfällen wurden 1948 entschädigt, 4258 wurden durch Heilung erledigt und 883 wurden abgewiesen, darunter selbstverständlich auch die gemeldeten 178 Leistenbrüche, die bekanntlich nicht als entschädigungspflichtige Unfälle angesehen werden. Von den entschädigten Unfällen ereigneten sich 67 durch mangelhafte Betriebs-Einrichtungen, 124 durch Fehlen von Schutzvorrichtungen, 168 durch Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen, 17 durch Reichtum (!), 367 durch Ungeklärtheit, 105 durch Unachtsamkeit der Mitarbeiter, 1066 durch die Gefährlichkeit des Betriebes, 22 durch nicht zu ermittelnde Ursachen und 12 durch höhere Gewalt.

Die Häufigkeit der Unfälle ist in erster Linie auf die lange Arbeitszeit und unzureichende Bezahlung zurückzuführen. Eine 12—13stündige aufreibende Arbeitszeit läßt die geistige Spannkraft des Arbeiters erschöpfen, die Aufmerksamkeit vermindern, er wird zur fleischgewordenen Maschine, die nur von dem Hasen nach Verdienst in Bewegung gehalten wird. Der abgespannte, geistig schlaffe und körperlich übermüdete Arbeiter ist nicht fähig, die Betriebsgefahren als solche zu erkennen, der kurze Lohn, die Sorge um die Existenz peitscht ihn unermüdlich vorwärts, seinem Verderben entgegen. Der geringe Verdienst gestattet den Ziegeleiarbeitern noch nicht, sich das bisshen Sonntagsruhe zu gönnen, unermüdlich müssen sie schuften, um auch nur das Nötigste zum Leben zu verdienen. 108 Unfälle ereigneten sich Sonntags, gewiß ein Zeichen, welchen Umfang die christliche Sabbatshandlung in den Ziegeleien genommen hat. Am höchsten belastet ist der Montag mit 1254 Unfällen. Die Unternehmer und ihre untertänigen Geister werden sich diese Gelegenheit wohl nicht entgehen lassen, um die Bezahlung aufzuküpfeln, daß nur das ausschweifende Leben der Arbeiter am Sonntage die Ursache dieser Unfallziffer sei. Wir dagegen sehen darin nur die Bestätigung, daß der Sonntag für einen großen Teil der Ziegeleiarbeiter kein Ruhetag ist, um Körper und Geist zu stärken und zu erfrischen, sondern nur ein verschärfter Arbeitstag, um das jämmerliche Einkommen etwas zu erhöhen. In einzelnen Gegenden ist es den Arbeitern trotz aller Anstrengung nicht möglich, mit dem Verdienst zu existieren, sie müssen noch Landwirtschaft nebenbei betreiben, die jede Minute freie Zeit, sowohl in der Woche nach Feierabend, als auch des Sonntags erfordert. Von Sonntagsruhe kann also bei ihnen keine Rede sein, denn Ruhe bedeutet für sie Hunger. Sie sind des Montags noch mehr abgeradert als am Sonnabend, so daß sie auch den Gefahren leichter unterliegen. In dem Bericht aber wird mit Rücksicht auf die Unternehmer Unachtsamkeit und Ungeklärtheit der Arbeiter als Unfallursache angeführt, während es rücksichtslos die Ausbeutung heißen muß.

Einen weiteren Grund der Unfallhäufigkeit sieht der Bericht in der häufigen Verwendung der ausländischen Arbeiter, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Es heißt da: „In den östlichen Provinzen werden oft nur Polnisch sprechende Arbeiter und in Süddeutschland häufig Italiener verwendet. Die mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache bildet für diese ausländischen Arbeiter vielfach die Ursache zu Unfällen.“ Dieser Grund ist aber leicht zu beseitigen, indem man entweder keine ausländischen Arbeiter beschäftigt, oder man hängt die Unfallverhütungsvorschriften auch in polnischer oder italienischer Sprache aus. Das erste aber verstoßt gegen den Profit der stamm nationalen Ziegeleibesitzer, und das letzte ist den „trautigen“ Männern nicht angenehm, sie fürchten offenbar, Deutschland könnte dadurch anstatt russisch polnisch werden. So hatte erst kürzlich die „Zemindustrie-Zeitung“ antwortlich einer Anfrage eines Ziegeleibesitzers geantwortet: „... Derjenige Ziegeleibesitzer, der trotzdem die Ausgänge in beiden Sprachen (deutsch und polnisch, D. R.) anbringt, zeigt den Arbeitern fremder Zunge hierdurch lediglich ein Entgegenkommen, das nach unserer Meinung unangebracht und nicht dazu beiträgt, das Verständnis der

deutschen Sprache unter den polnischen Arbeitern zu fördern.“ Die ausländischen Arbeitsbienen müssen also Knochen und Leben opfern, um die deutsche Sprache zu fördern. Es wird also auch in Zukunft so bleiben, daß die fremdsprachigen Arbeiter als willige Ausbeutungsobjekte den Ziegeleibesitzern zur Vermehrung ihrer Reichtümer zwar sehr willkommen sind, daran hindert sie ihr „Leutschtum“ durchaus nicht, nicht aber, wenn sie zum Schutze derselben auch nur den selbstverständlichen Pflichten genügen sollen. Zum Glück nimmt auch die Organisation unter den ausländischen Arbeitern einen erfreulichen Fortgang, so daß die Zeit immer näher rückt, wo sie sich das erkämpfen können, was ihnen heute noch vorenthalten wird.

Das Vordringen der Organisation unter den Ziegeleiarbeitern kommt durch die Steigerung der Löhne auch in dem Bericht der Berufsgenossenschaft zum Ausdruck. Die Löhne sind im Durchschnitt um ein geringes gestiegen, nur die Provinz Brandenburg macht eine Ausnahme, dort sind sie um ebenso viel gefallen. Im allgemeinen stieg der Durchschnittsjahreslohn von 670,85 Mk. im Jahre 1906 auf 677,95 Mk. im Jahre 1907. Auf die einzelnen Sektionen verteilt sich die Lohnsteigerung folgendermaßen:

Sektion	Durchschnittslohn 1906	Durchschnittslohn 1907	Zu oder Abnahme
	Mk.	Mk.	Mk.
Ost- und Westpreußen	480,20	525,20	+ 45,—
Posen	455,44	480,36	+ 24,92
Pommern	588,52	617,93	+ 29,41
Brandenburg	688,26	645,43	- 42,83
Sachsen	575,09	599,97	+ 24,88
Königreich Sachsen	668,86	688,88	+ 20,02
Provinz Sachsen und Thüringen	674,40	707,40	+ 33,—
Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Hansestädte	714,81	724,57	+ 9,76
Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe	673,79	678,31	+ 4,52
Westfalen	754,05	789,20	+ 35,15
Rheinprovinz, Fürstentum Bielefeld	784,60	810,12	+ 25,52
Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen, Waldeck	718,89	749,40	+ 30,51
Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und Pfalz	700,32	725,48	+ 25,16
Königreich Bayern ohne Pfalz	533,97	569,90	+ 35,93

Den niedrigsten Durchschnittslohn hat also die Provinz Posen mit 480,36 Mk., den höchsten die Rheinprovinz mit 810,12 Mk. aufzuweisen, Durchschnittlich beträgt für die Ziegeleiarbeiter die Zahl der Arbeitstage 200 im Jahr. Der Durchschnittsjahresverdienst auf diese Zeit umgerechnet, ergibt bei durchschnittlich 12 stündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 2,40 Mk. in der Provinz Posen und 4,05 in der Rheinprovinz, oder einen durchschnittlichen Stundenlohn von 20 Pfg. in Posen und nicht ganz 35 Pfg. in der Rheinprovinz. Das sind also die hohen Arbeitslöhne, aber welche die Ziegeleibesitzer immer heulmeiern und eine Reduzierung für notwendig halten. Die größte Steigerung der Löhne ist mit 45 Mk. in der Sektion I (Ost- und Westpreußen) zu verzeichnen, die niedrigste mit 4,52 Mk. dagegen in der Sektion IX (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe). Diese Steigerung ebenfalls auf 200 Arbeitstage verteilt, ergibt für den einzelnen Arbeitstag in der Sektion I eine Lohnsteigerung von 22,5 Pfg., in der Sektion IX eine solche von 2,2 Pfg. Die Lohnsteigerung in Ost- und Westpreußen entspringt aber keineswegs der Einseitigkeit der Ziegeleibesitzer, sondern dem Arbeitermangel. Um die Arbeiterflucht nach dem Westen, wo noch bessere Lohnverhältnisse herrschen, abzumännern, sehen sie sich gezwungen, die Zammerlöhne etwas aufzubessern. In der Sektion IV (Provinz Brandenburg) ging der Durchschnittslohn sogar um 42,83 Mk. zurück, also pro Tag um 21 Pfg. Dieser Rückgang ist nur auf das Konto der Organisationslosigkeit der dortigen Arbeiter zu setzen, die es ihnen unmöglich machte, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Im allgemeinen stieg der Jahresdurchschnittslohn um 18,30 Mk., oder pro Tag 9,1 Pfg. Um den Lohn um 9 Pfennig pro Tag zu erhöhen, mußten die Ziegeleiarbeiter aber 101 Unfälle, darunter 13 tödliche, mehr wie im Vorjahre auf ihr Konto nehmen, jeder Pfennig mußte also mit Arbeiterblut aufgewogen werden. Diese winzige Lohnsteigerung wurde aber durch eine weitere Preissteigerung verschiedener Lebensmittel, durch Steigerung von Steuern, Wohnungsmiete usw. wieder ausgeglichen, so daß von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht gesprochen werden kann. Die Blutssteuer, die sie alljährlich zu entrichten haben, kommt mithin nur dem Unternehmertum zugute.

Mehr Arbeiterchutz, vernünftige Arbeitszeit, die dem Körper die notwendige Erholung ermöglicht, auskömmlicher Lohn, der eine ausreichende Ernährung und ein vernünftiges Arbeiten gestattet, das sind die Forderungen, die wir zur Erhaltung von Arbeiterleben und Arbeitergesundheit immer lauter erheben müssen. Diese Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, sie der Erfüllung entgegenzuführen, indem wir uns immer fester zusammenschließen, unser ganzes Können und Wissen in den Dienst der Organisation stellen, liegt im Interesse jedes einzelnen, im Interesse einer besseren Zukunft. Die Organisation ist das Mittel gegen jede Ausbeutung, gegen jede Habgier, mit der die Ziegeleigewaltigen Gesundheit und Leben ihrer Mitmenschen, ihrer Arbeiter frivol auf Spiel setzen.